



MODERATION FACHPODIUM

Die Demokratie steht weltweit unter Druck. Erstmals seit Beginn der 2000er ist die Anzahl an Autokratien höher als die Anzahl an Demokratien. Auch in der EU gibt es zunehmende Herausforderungen für die Demokratie, wie Einschränkungen von bürgerlichen und politischen Freiheiten, die in einzelnen Mitgliedstaaten zu beobachten sind.

Sie veranstalten und moderieren eine Podiumsdiskussion, in der Sie über diese Entwicklungen debattieren: Droht angesichts der Entwicklungen wie beispielsweise in Polen, Ungarn und Schweden ein Jahrhundert der Autokratien? Was können wir zur Stärkung von Demokratie und Menschenrechten beitragen? Zum Fachpodium laden Sie verschiedenste Gäste aus Wissenschaft, Journalismus, Politik und der Zivilgesellschaft ein, um über diese Fragen zu diskutieren.

Name: **Schütz**

Rolle: **Moderation**

Rollenbeschreibung

Sie moderieren das Fachpodium. Dafür haben Sie inhaltlich Neutralität zu bewahren und verfolgen das Ziel, die inhaltlichen Positionen und Differenzen Ihrer Gäste für das Publikum sichtbar und nachvollziehbar aufzuzeigen. Mit grundsätzlichen Fragen (v.a. zu Beginn) und Nachfragen usw. halten Sie die Diskussion am Laufen. Sie stimmen das Publikum mit einer Einleitung in die Diskussionsfrage: „Halten die Demokratien weltweit der autoritären Versuchung stand?“ ein und schließen die Debatte mit einer von Ihnen initiierten Abschlussfrage: „Droht ein autoritäres 21. Jahrhundert?“. Sie sind stets um Ausgleich und eine konstruktive Gesprächsatmosphäre in der Debatte bemüht und achten daher darauf, dass konträre Positionen gleichermaßen zu Wort kommen.

Ihre Gäste:

Freedom House Expert*in: Davidavic

Freedom House ist eine Nichtregierungsorganisation, die jährlich den weltweiten Freiheitsgrad bewertet: Sie misst dabei die Verwirklichung politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten. Aktuelle Statistiken der Organisation zeigen, dass in zahlreichen Staaten (z.B. Ungarn und USA) demokratische Freiheiten bedroht sind und sich zunehmende Autokratisierungsprozesse verzeichnen lassen.

Referent*in des Auswärtigen Amts: Yaman

Referent*innen des Auswärtigen Amts, also im deutschen Außenministerium, beraten Diplomaten bei Verhandlungen mit anderen Ländern. Prinzipiell kritisieren sie z.B. Menschenrechtsverletzungen der Staaten und unterstützen die Demokratisierung von Autokratien, mit denen Ihre Diplomaten verhandeln, jedoch haben außenpolitische Ziele die höchste Priorität (z.B. der sogenannte „Flüchtlingsdeal“ der EU mit der Türkei).

Journalist*in: Kaiser

Journalist*in Kaiser ist über den zunehmenden Trend zu Autokratie besorgt und sieht die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit autokratischen Staaten (z.B. den sogenannte „Flüchtlingsdeal“ der EU mit der Türkei) und die damit einhergehende Relativierung von Autokratien als Hauptursache an. Stattdessen sollten ihrer*seiner Meinung nach z.B. die Einhaltung von Menschenrechten eine Voraussetzung für die Zusammenarbeit mit Staaten und der Gebrauch von Sanktionen bei Nichteinhaltung Selbstverständlichkeiten sein.

Engagiert*e Bürger*in: Simunovic

Auch ein*e engagierte Bürger*in nimmt an dem Fachpodium teil. Der/die Bürger*in stimmt mit den meisten Positionen der übrigen Teilnehmenden des Podiums nur wenig überein. Staaten wie Deutschland sollten sich erstmal mit ihrer eigenen Situation auseinandersetzen, bevor sie andere Staaten kritisieren.





Lage der Demokratie in Ungarn

In dem EU-Staat kommt es unter dem Ministerpräsidenten Victor Orbán zu demokratiegefährdenden Entwicklungen im Land. 2021 erließ die Regierung ein Gesetz, das die Rechte von sexuellen Minderheiten zunehmend einschränkt und Homo- und Transsexualität aus der Öffentlichkeit verschwinden lassen soll. Zudem wurden seit der ersten Amtszeit der nationalkonservativen Regierungspartei Fidesz Gesetze und eine neue Verfassung erlassen, die das Wahlrecht und die Pressefreiheit einschränken sowie die Unabhängigkeit der Justiz aufheben. Aufgrund von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit und gegen die Verträge der EU leitete die EU-Kommission Verfahren gegen Ungarn ein. Das EU-Parlament spricht 2022 in einer Erklärung Ungarn den Status einer Demokratie ab und bezeichnet den Staat stattdessen als „hybrides System der Wahlautokratie“.



Lage der Demokratie in den USA

Obwohl der Populist Donald Trump nicht wiedergewählt wurde, sind in den USA dennoch einige autokratische Entwicklungen zu beobachten. Hierzu gehören beispielsweise das Einschränken des Wahlsystems oder auch der Sturm auf das Kapitol, dessen Organisator*innen teilweise nicht bestraft wurden. Auf dem Demokratie-Index des „Varieties of Democracy Projects“ (Projekt zur Demokratiemessung eines politikwissenschaftlichen Instituts) sind die USA abgerutscht.

Der „Flüchtlingsdeal“ mit der Türkei

Der sogenannte „Flüchtlingsdeal“ ist eine Vereinbarung der EU mit der Türkei (2016), die zum Ziel hat, dass weniger Menschen Asyl in Europa beantragen können. Nach der Vereinbarung können Menschen, die auf griechischen Inseln die EU betreten und zuvor die Türkei als Durchgangsland nutzten, in die Türkei abgeschoben werden. Der Türkei wurden Gelder in Höhe von 6 Milliarden Euro von der EU für die Versorgung von schutzbedürftigen Personen zugesagt. Insgesamt ist auch die Vertiefung der Beziehung zwischen der EU und der Türkei ein Ziel der Vereinbarung.